

Pressemitteilung 40/2017

Halle (Saale), den 19. Dezember 2017

Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2017 bis 2022 und finanzpolitische Optionen einer neuen Bundesregierung

Aufgrund der hohen konjunkturellen Dynamik dürfte der deutsche Staat bei unveränderter Gesetzeslage in den kommenden Jahren hohe Haushaltsüberschüsse erzielen. Einer künftigen Bundesregierung bieten sich damit große finanzpolitische Handlungsspielräume. Mit dem finanzpolitischen Simulationsmodell des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) werden die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen alternativer finanzpolitischer Maßnahmen analysiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass ausgabeseitige Maßnahmen, etwa die Ausweitung von Sozialleistungen, einen stärkeren Effekt auf die Produktion als einnahmeseitige, wie etwa Steuer-senkungen, hätten. „Aufgrund der ohnehin hohen Auslastung der Produktionskapazitäten scheinen einnahmeseitige Maßnahmen somit konjunkturell vorteilhaft. Außerdem hätte eine Reduktion der hohen Abgabenlast der Arbeitseinkommen im Gegensatz zu einer Ausweitung von Sozialleistungen positive Effekte auf das Produktionspotenzial“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH.

Deutschland befindet sich in einem kräftigen Aufschwung.* Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte dürfte sich vor diesem Hintergrund im Jahr 2017 auf knapp 45 Mrd. Euro belaufen. Bei unveränderter Gesetzeslage und einer ab dem Jahr 2019 konjunkturneutral ausgerichteten Finanzpolitik würde der Haushaltsüberschuss in den kommenden Jahren in etwa auf diesem Niveau verharren (vgl. Tabelle 1). Der strukturelle, also um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte Finanzierungssaldo würde sich, ausgehend von ungefähr 30 Mrd. Euro im Jahr 2018, bis zum Jahr 2022 sogar weiter erhöhen.

Tabelle 1
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo und Produktionslücke in den Jahren 2017 bis 2022

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Finanzierungssaldo, in Mrd. Euro	44,4	43,5	46,9	48,7	46,4	44,2
Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	1,4	1,3	1,3	1,3	1,2	1,1
Produktionslücke in Relation zum Produktionspotenzial in %	0,2	0,7	0,7	0,6	0,2	0,0
struktureller Finanzierungssaldo, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	1,5	0,9	0,9	1,0	1,1	1,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

* Vgl. IWH-Pressmitteilung 39/2017 „Aufschwung in Deutschland und in der Welt“ vom 14. Dezember 2017.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, mittelfristige Projektion, Produktionspotenzial, Wirtschaftswachstum, wirtschaftspolitische Simulationen, Finanzpolitik

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Der sich daraus ergebende finanzpolitische Spielraum einer zukünftigen Bundesregierung könnte für einnahme- oder ausgabeseitige expansive finanzpolitische Maßnahmen genutzt werden. Mit Hilfe des finanzpolitischen Simulationsmodells des IWH werden ein einnahmeseitiges, ein ausgabeseitiges und ein Szenario bestehend aus einer Kombination ein- und ausgabeseitiger Maßnahmen simuliert (vgl. Tabelle 2).

Da der politische Prozess vom Beschluss über die Verabschiedung bis hin zur Umsetzung bei vielen finanzpolitischen Maßnahmen erfahrungsgemäß eine gewisse Zeit erfordert, fallen die finanzpolitischen Impulse in sämtlichen Szenarien im Jahr 2019 noch recht gering aus. Im Jahr 2022 beläuft sich der finanzpolitische Impuls in allen drei Szenarien jedoch auf 33 bis 34 Mrd. Euro. Im Ergebnis zeigt sich, dass ausgabeseitige Maßnahmen die Produktion stärker anregen würden als einnahmeseitige (vgl. Tabelle 3).

In der aktuellen konjunkturellen Lage erscheint eine Nutzung der finanzpolitischen Spielräume für einnahmeseitige Maßnahmen vorteilhaft, weil ausgabeseitige Maßnahmen stärker prozyklisch wirken würden. Für einnahmeseitige Maßnahmen spricht zudem, dass die gesamtstaatliche Einnahmequote in den vergangenen Jahren zugenommen hat und eine Reduzierung der Abgabenlast auch deshalb angemessen erscheint. Eine Verringerung der Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben könnte das Produktionspotenzial erhöhen, die öffentlichen Finanzen somit langfristig stabilisieren und damit dazu beitragen, den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Staates auch in Zukunft zu sichern.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen

Mindereinnahmen/Mehrausgaben gegenüber 2018 in Mrd. Euro

	2019	2020	2021	2022
Szenario 1				
<i>Einnahmeseitige Maßnahmen:</i>				
Abschmelzen des Solidaritätszuschlags		10,2	15,9	22,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	3,3	3,4	3,5	3,6
Erhöhung des Grund- und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer	1,9	3,9	6	8,1
<i>Summe</i>	5,2	17,5	25,4	33,8
<i>Summe (kumuliert)</i>	5,2	22,7	48,1	81,9
Szenario 2				
<i>Ausgabeseitige Maßnahmen:</i>				
Erhöhung des Grund- und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer	1,9	3,9	6	8,1
zusätzliche investive Maßnahmen	2	8	9	12
Ausweitung monetärer Sozialleistungen	5	8	12	13
<i>Summe</i>	8,9	19,9	27,0	33,1
<i>Summe (kumuliert)</i>	8,9	28,8	55,8	88,9
Szenario 3				
<i>Mix aus einnahmeseitigen und ausgabeseitigen Maßnahmen:</i>				
zusätzliche investive Maßnahmen	2	8	9	12
Erhöhung des Grund- und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer	1,9	3,9	6	8,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	3,3	3,4	3,5	3,6
Ausweitung monetärer Sozialleistungen	1,7	4,6	8,5	9,4
<i>Summe</i>	8,9	19,9	27,0	33,1
<i>Summe (kumuliert)</i>	8,9	28,8	55,8	88,9

Quelle: Schätzungen und Berechnungen des IWH.

Tabelle 3

Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen nach dem finanzpolitischen Simulationsmodell des IWH

	2019	2020	2021	2022
Szenario 1				
<i>Einnahmeseitiges Szenario (Szenario 1):</i>				
Bruttoinlandsprodukt ^a	4,2	13,4	17,0	19,7
Bruttoinlandsprodukt kumuliert ^a	4,2	17,6	34,7	54,3
Arbeitsvolumen ^b	0,1	0,3	0,3	0,3
Produktionslücke ^c	0,1	0,4	0,5	0,6
BIP-Deflator ^b	0,1	0,2	0,3	0,4
Finanzierungssaldo des Staates ^d	44,1	40,2	34,8	27,7
Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	1,5	1,3	1,1	0,9
struktureller Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	0,9	0,6	0,6	0,5
Szenario 2				
<i>Ausgabeseitiges Szenario (Szenario 2):</i>				
Bruttoinlandsprodukt ^a	6,4	17,0	23,4	31,2
Bruttoinlandsprodukt kumuliert ^a	6,4	23,4	46,9	78,0
Arbeitsvolumen ^b	0,2	0,3	0,3	0,3
Produktionslücke ^c	0,2	0,6	0,8	1,1
BIP-Deflator ^b	0,1	0,1	0,1	0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^d	42,4	40,9	36,5	32,9
Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	1,4	1,3	1,2	1,0
struktureller Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	0,8	0,5	0,5	0,3
Szenario 3				
<i>Mix-Szenario (Szenario 3):</i>				
Bruttoinlandsprodukt ^a	7,0	16,9	22,6	29,9
Bruttoinlandsprodukt kumuliert ^a	7,0	23,9	46,5	76,4
Arbeitsvolumen ^b	0,2	0,3	0,3	0,3
Produktionslücke ^c	0,3	0,6	0,8	1,1
BIP-Deflator ^b	0,1	0,1	0,1	0,2
Finanzierungssaldo des Staates ^d	42,5	40,9	36,1	32,2
Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	1,4	1,3	1,1	1,0
struktureller Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP ^e	0,8	0,5	0,5	0,3

^a Abweichung vom Basisszenario in Mrd. Euro, preisbereinigt. – ^b Abweichung vom Basisszenario in %. – ^c In % des Produktionspotenzials. – ^d In Mrd. Euro. – ^e In %.

Quellen: Schätzungen und Berechnungen des IWH.

Langfassung:

Bershadskyy, Dmitri; Brautzsch, Hans-Ulrich; Drygalla, Andrej; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Lindner, Axel; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz: Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2017 bis 2022 und finanzpolitische Optionen einer neuen Bundesregierung. IWH-Pressemitteilung 40/2017 (Langfassung).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.